
Wer beherrscht den Osten?

Ostdeutsche Eliten

ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Wiedervereinigung

Michael Bluhm
Olaf Jacobs

Universität Leipzig
Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft
04109 Leipzig – Burgstraße 21

In Zusammenarbeit mit dem
Mitteldeutschen Rundfunk

und der

Hoferichter & Jacobs Film- und Fernsehproduktionsgesellschaft mbH
04275 Leipzig – Kantstr. 43

Ansprechpartner:

Prof. Olaf Jacobs
Michael Bluhm

olaf.jacobs@uni-leipzig.de
m.bluhm@hoferichterjacobs.de

Tel. 0170 / 2006402
Tel. 0341 / 2413 852

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung und Fragestellung
2. Die wichtigsten Ergebnisse auf einen Blick
3. Beschreibung der Methodik
4. Ergebnisse
 - 4.1. Politik
 - Exkurs: Die Bundesregierung
 - 4.2. Medien
 - 4.2.1. Duales Rundfunksystem
 - 4.2.2. Zeitungsmarkt
 - 4.3. Wirtschaft
 - 4.3.1. Leitungsstruktur der 100 größten Unternehmen in den neuen Bundesländern
 - a) Eigentümer hat seinen Hauptsitz in den neuen Bundesländern
 - b) Eigentümer hat seinen Hauptsitz in den alten Bundesländern
 - c) Eigentümer hat seinen Hauptsitz im Ausland
 - Exkurs: Leitungsstruktur der DAX-Unternehmen
 - 4.3.2. Beschäftigtenzahlen der 100 größten Unternehmen in den neuen Bundesländern
 - 4.4. Wissenschaft
 - 4.4.1. Leitungsstruktur der größten Hochschulen in den neuen Bundesländern
 - 4.4.2. Leitungsstruktur der großen Forschungsinstitute in den neuen Bundesländern
 - 4.5. Justiz
 - Exkurs: Oberste Bundesgerichte
 - Exkurs: Militär
5. Fazit und Ausblick

1. Einleitung und Fragestellung

Das Ende der DDR bedeutete auch das Ende der charakteristischen und gesellschaftsprägenden ostdeutschen Strukturen von Staat und Gesellschaft. Der politische Umbruch in der DDR 1989/90 fußte zu einem guten Teil auf der Forderung nach „neuen Köpfen“. Woher diese „neuen Köpfe“ kommen und was sie auszeichnen sollte, fand keinen gesellschaftlichen Diskurs. Der Weg, die deutsche Einheit durch den Beitritt Ostdeutschlands zur Bundesrepublik Deutschland herzustellen, machte weite Teile der staatlichen Strukturen der ehemaligen DDR überflüssig und führte zugleich zum Aufbau neuer, im Osten nicht bekannter und geübter Strukturen.

Die Folge war ein beispielloser Elitentransfer. Statt neue eigene Eliten zu entwickeln oder an das neue Staats- und Gesellschaftssystem anzupassen, wie es später in den meisten osteuropäischen Ländern passierte, standen in Deutschland von Beginn an in hinreichendem Umfang mit den neuen Verhältnissen Vertraute in den alten Bundesländern bereit, um die ostdeutschen Elitepositionen zu besetzen. Zur gleichen Zeit gab es jedoch auch eine erhebliche Migrationsbewegung in die entgegengesetzte Richtung. Vor allem ostdeutsche Fachkräfte folgten der Möglichkeit Arbeitsplätze zu erlangen von Ost nach West. Damit ist dem Osten Deutschlands erhebliches Potential für nachfolgende Elitepositionen verloren gegangen.

Für die Betrachtung der heutigen Situation in Ostdeutschland verdienen deshalb beide Richtungen dieser sehr asymmetrischen Migrationsbewegung in den ersten Jahren der deutschen Einheit Beachtung:

Die ursprüngliche Begründung für den Elitentransfer lag darin, dass mit dem Beitritt der DDR zum Gebiet des Grundgesetzes sich das politisch-rechtliche System der Bundesrepublik auf die neuen Bundesländer ausdehnte. Mit dem nötigen Neuaufbau in Politik, Medien, Wirtschaft, Wissenschaft, Justiz und Militär wurden in der Regel erfahrene Westdeutsche betraut. Als logische Folge prägten diese das Land und besetzten in allen Bereichen auch fast alle Führungspositionen. Bemerkenswert ist, dass es sich dabei um weit mehr als einen anfänglichen Impuls handelt sondern bis heute die gesellschaftlichen Eliten, die in den neuen Bundesländern Schlüsselpositionen besetzen, relativ selten selbst aus Ostdeutschland kommen. Sie sind also entweder nicht in den neuen Bundesländern geboren worden oder haben nicht den größeren Teil ihres Lebens bis 1989 in der ehemaligen DDR verbracht. Dabei bilden die Ostdeutschen mit rund 87 Prozent¹ die klare Mehrheit in der Wohnbevölkerung in den neuen Bundesländern. Diese soziale Gruppe wird in den Eliten nicht adäquat repräsentiert. Das ist insofern problematisch, als diese Eliten für die Gruppe der ostdeutschen Bevölkerung „innerhalb und für soziale Strukturen, Institutionen und Organisationen mit mittel- oder unmittelbar gesamtgesellschaftlicher Wirkungsreichweite über die wesentliche Steuerungskompetenz verfügt und in entscheidenden Handlungssituationen das letzte Wort haben.“²

¹ Eigene Berechnung nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und des Leibniz-Instituts für Länderkunde Leipzig: Der Anteil errechnet sich aus der DDR-Wohnbevölkerung im Herbst 1989 und dem Wanderungssaldo zwischen den alten und den neuen Bundesländern von 1990 bis 2013. Berücksichtigt wurden dabei 750.000 Rückkehrer in die neuen Bundesländer sowie ein Ausländeranteil von etwa 2,5 Prozent.

Vgl. http://www.ifl-leipzig.de/fileadmin/user_upload/Forschung/Raumproduktionen/Re-Turn_ZA_Online-Erhebung.pdf (zuletzt abgerufen am 30. März 2016).

² Vgl. Kollmorgen, Raj: Aus dem Osten an die Spitze? In: Berliner Debatte Initial e.V.: Berliner Debatte Initial, 2/2015, S. 17.

Die Frage nach der Repräsentation bestimmter Bevölkerungsgruppen in Führungspositionen bekommt durch die aktuelle politische Entwicklung in Ostdeutschland eine zusätzliche wissenschaftliche Relevanz.

Aus heutiger Sicht, ein Vierteljahrhundert nach Wiederherstellung der Deutschen Einheit, stellt sich also die Frage, inwieweit Ostdeutsche heute in den Eliten Ostdeutschlands tatsächlich repräsentiert sind und inwieweit sie nach dem massiven westdeutschen Elitentransfer überhaupt nachrücken konnten. Diesbezüglich geht die vorliegende Studie folgenden Fragen nach:

- Wie viele ostdeutsche Führungskräfte konnten sich bis heute in den Elitepositionen etablieren?
- In welchen Bereichen gibt es mehr von ihnen und in welchen weniger?
- Inwieweit konnten Ostdeutsche in den letzten zwölf Jahren nachrücken und welche Entwicklungen gibt es in den verschiedenen Gebieten?
- Wo entsprechen sie ungefähr dem Bevölkerungsanteil in den neuen Bundesländern?

Zur Beantwortung dieser Fragen ist eine begriffliche Annäherung an „die Elite“ und „den Ostdeutschen“ unabdingbar.

Zur Elite gehören wie oben beschrieben jene Menschen, die mit einer gesamtgesellschaftlichen Wirkungsreichweite über wesentliche Steuerungskompetenzen verfügen. In der demokratischen Gesellschaft finden sie sich in Führungsgruppen unterschiedlicher sozialer Felder mit jeweils unterschiedlichen Einfluss- und Entscheidungsreichweiten. Zu den gesellschaftspolitisch relevantesten gehören die politisch-administrativen, wirtschaftlichen, juristischen sowie massenmedialen Elitegruppen,³ also die höchsten Führungskräfte in den jeweiligen Bereichen. Die horizontale Integration in dieser Gruppe, ist unter anderem von Austausch, Kommunikation und Netzwerken geprägt. Die vertikale Elitenintegration betrifft die Rekrutierung neuer Eliten aus bestimmten sozialen Gruppen sowie die Verbindung zur Bevölkerung.⁴ In Spannungsfeld dieser beiden Aspekte bewegen sich die potentiellen ostdeutschen Eliten.

Mit den „Ostdeutschen“ seien hier jene Menschen gemeint, die bis 1990 in der DDR aufgewachsen sind oder dort den größeren Teil ihres Lebens verbracht haben. Dies gilt außerdem für junge Menschen, die nach 1975 in der DDR bzw. in den neuen Bundesländern geboren wurden und durch ihr Umfeld „ostdeutsch“ sozialisiert wurden und demnach eine „ostdeutsche Herkunft“ haben. Denn diese frühe Sozialisierung in einem bestimmten Umfeld prägt das Verhalten bis in die späteren Lebensjahre.⁵ Demnach können auch Führungskräfte mit westdeutscher oder ausländischer Herkunft ihre soziale Prägung nicht so schnell ablegen, auch wenn sie seit 25 Jahren in den neuen Bundesländern leben und selbst sehr häufig die Meinung vertreten, die Herkunft spiele keine Rolle mehr.

Diese Studie vereint die Ergebnisse zweier Erhebungen. Eine aktuelle Erhebung in den gesellschaftlichen Schlüsselpositionen Ostdeutschlands führt zu einer Bestandsaufnahme in den wichtigsten gesellschaftlichen Bereichen. Der zweite Teil der Erhebung stellt eine Verbindung zu Daten her, die der Mitteldeutsche Rundfunk 2004 für sein Wirtschafts- und Verbrauchermagazin „Umschau“ machte. Diese Vergleichsdaten ermöglichen in Teilen einen

³ Vgl. Kollmorgen, 2015, S. 18. Hoffmann-Lange, Ursula: Eliten, Macht und Konflikt in der Bundesrepublik. Opladen, 1992, S. 400-407.

⁴ Vgl. Kollmorgen, 2015, S. 18f. Hoffmann-Lange, 1992, S. 34-39.

⁵ Vgl. Kollmorgen, 2015, S. 20.

zeitlichen Vergleich und das Nachzeichnen einer Entwicklungstendenz über die vergangenen zehn bzw. zwölf Jahre. Nach einem Überblick über die wichtigsten Ergebnisse folgen in jedem dieser Bereiche eine Analyse, wie viele Menschen eine ostdeutsche, westdeutsche oder ausländische Herkunft haben, sowie gegebenenfalls ein Vergleich mit dem Anteil Ostdeutscher im Jahr 2004.

Leipzig, Mai 2016

Michael Bluhm
Olaf Jacobs

2. Die wichtigsten Ergebnisse auf einen Blick

Die vorliegende Studie zeigt: Heute, 25 Jahre und damit eine Generation nach der Wiedervereinigung, sind die Ostdeutschen in gesellschaftlichen Führungspositionen noch immer nicht adäquat repräsentiert. Zum Teil vollzieht sich statt einer Angleichung gar eine gegenteilige Entwicklung, geht ihre Zahl gar zurück. Zugespitzt lässt sich feststellen, dass, obwohl vielerorts eine Frauenquote, nirgends jedoch eine Quote für Ostdeutsche gefordert wird, die Ostdeutschen in Führungspositionen viel stärker eine Minderheit bilden als Frauen.

- Ein Nachrücken Ostdeutscher in Führungspositionen in Ostdeutschland entsprechend der Bevölkerungsverteilung ist kaum feststellbar. Nur 23 Prozent beträgt der Anteil Ostdeutscher innerhalb der Führungskräfte in den neuen Bundesländern – bei 87 Prozent Bevölkerungsanteil. Lediglich in der Justiz, in Teilen der Wirtschaft, in der Bundeswehr und in einigen Medien ist ein, allerdings sehr langsames, Nachrücken festzustellen.
- Bundesweit sucht man ostdeutsche Führungskräfte vergeblich. Nur 1,7 Prozent der betrachteten Spitzenpositionen auf Bundesebene sind von Ostdeutschen besetzt – bei einem Bevölkerungsanteil von bundesweit 17 Prozent. Unter den ca. 200 Generälen und Admirälen der Bundeswehr gab es 2004 keinen einzigen, 2016 immerhin zwei Ostdeutsche. Lediglich die Bundesregierung spiegelt diese Verteilung mit 19 Prozent Ost-Anteil wider.
- Im Vergleich zum Jahr 2004 gibt es auf einigen Gebieten einen Rückgang des Anteils der Ostdeutschen innerhalb der gesellschaftlichen Eliten.
 - In den fünf Landesregierungen sitzen heute weniger ostdeutsche Politiker als vor zwölf Jahren. Der Anteil sank von 75 auf 70 Prozent, der Anteil Westdeutscher dagegen stieg entsprechend. Bei den Staatssekretären gab es einen Anstieg von 26 auf 46 Prozent.
 - Von den Staatssekretären der Bunderegierung kamen schon 2004 nur sechs aus dem Osten. Heute sind es noch weniger – drei von insgesamt sechzig.
 - Unter den Geschäftsführern der 13 großen ostdeutschen Regionalzeitungen sank der Anteil Ostdeutscher von 36 auf 9 Prozent. In den Chefredaktionen dagegen gab es einen Anstieg von 42 auf 62 Prozent
 - Bei den betrachteten Führungspositionen der 100 größten ostdeutschen Unternehmen sank der Anteil Ostdeutscher von 35,1 auf 33,5 Prozent. Dabei gab es unter den Unternehmensleitern einerseits einen Anstieg von 20 auf 25 Prozent, bei ihren Stellvertretern andererseits einen Rückgang von 52 auf 45 Prozent.
 - Am stärksten ist der Rückgang bei jenen Unternehmen, deren Eigentümer oder Eigentümergesellschaft in Ostdeutschland ansässig sind. Seit 2004 ging hier insgesamt der Anteil ostdeutscher Manager um sechs Prozentpunkte zurück. Auf einen ostdeutschen Manager kommen etwa zwei westdeutsche.
 - An Universitäten und Hochschulen hat sich der prozentuale Anteil ostdeutscher Rektoren in den letzten zehn Jahren nahezu halbiert.
 - In der Leitungsspitze der größten Forschungsinstitute ist jeder siebte Instituts- bzw. Wissenschaftsbereichsleiter in Ostdeutschland aufgewachsen oder ausgebildet worden. Der Gesamtanteil liegt mit 15 Prozent sogar unter dem Anteil ausländischer Wissenschaftler mit 24 Prozent.
 - Unter den Vorsitzenden Richtern der obersten Gerichte in den neuen Bundesländern stieg der Anteil Ostdeutscher von 3,4 auf 5,9 Prozent. Der Anteil in der gesamten Richterschaft stieg lediglich von 11,8 Prozent auf 13,3 Prozent.

3. Beschreibung der Methodik

Den folgenden Ergebnissen und Berechnungen liegen zwei Erhebungen zugrunde.

Die aktuelle Erhebung über Ostdeutsche in den Schlüsselpositionen der neuen Bundesländer ist von August 2015 bis März 2016 durchgeführt worden. Da im Zentrum die Frage nach Eliten in Ostdeutschland steht, werden in erster Linie Einrichtungen in den fünf neuen Bundesländern betrachtet, ohne Berlin. Die Bundeshauptstadt ist nur dann Teil der Betrachtung, wenn es sich zum Beispiel um länderübergreifende Einrichtungen für die Länder Berlin und Brandenburg handelt. Darüber hinaus wurden die Mitglieder der Bundesregierung, der Bundesgerichte und der DAX-Konzernvorstände betrachtet, um einen deutschlandweiten Blick auf die Verteilung von Ostdeutschen in den Eliten zu eröffnen.

Betrachtet werden führende Positionen in den Bereichen Politik, Medien, Wirtschaft, Wissenschaft, Justiz und Militär. In jedem dieser Bereiche gibt es andere Funktionen, die von Führungskräften zu erfüllen und damit den Eliten zuzurechnen sind. Welche für diese Studie herangezogen wurden, zeigt folgende Aufstellung:

- Politik: Regierungsmitglieder und Staatssekretäre der fünf Landesregierungen sowie der Bundesregierung.
- Medien: Intendanz, Direktionen und Chefredaktionen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten; Direktoren bzw. Geschäftsführer sowie Vorsitzende weiterer Gremien der Landesmedienanstalten; Chefredakteure und Geschäftsführer der meistverkauften Regionalzeitungen.
- Wirtschaft: Geschäftsführer, Leiter bzw. Vorstandsvorsitzende der 100 größten Unternehmen, die ihren Sitz in den fünf neuen Bundesländern haben, sowie deren Stellvertreter; Vorstandsmitglieder aller DAX-Unternehmen.
- Wissenschaft: Rektoren bzw. Präsidenten und Kanzler aller Universitäten und jener Fachhochschulen mit mindestens 5.000 Studierenden (ohne kommissarische Besetzungen); Direktoren der Forschungsbereiche an den Max-Planck-Instituten; Direktoren der Leibniz-Institute; Institutsleiter der Fraunhofer-Institute; Leiter der Helmholtz-Zentren.
- Justiz: Richter und vorsitzende Richter in den obersten Gerichten der Bundesländer sowie des Bundes (ordentliche Gerichtsbarkeit, Verfassungsgerichtsbarkeit, Sozialgerichtsbarkeit, Arbeitsgerichtsbarkeit, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Finanzgerichtsbarkeit).
- Militär: Mitglieder der Dienstgradgruppe der Generale in der Bundeswehr.

Bei der Funktionsbezeichnung bezieht sich die männliche Form auf beide Geschlechter.

Die Definition der Herkunft aus Ost- bzw. aus Westdeutschland orientiert sich an Raj Kollmorgen (2015). Demnach gilt als Ostdeutscher, wer vor dem 31. Dezember 1975 in der DDR geboren wurde und dort bis 1989 oder kurz zuvor gelebt hat. In dieser Studie wurde in der Regel danach gefragt, wo der Betroffene vor 1990 die längste Zeit seines Lebens verbracht hat, in der DDR bzw. in den neuen Bundesländern, auf dem früheren Bundesgebiet bzw. in den alten Bundesländern oder im Ausland. Für Berlin wurde nach Ost- und Westteil der Stadt unterschieden. Die Angaben über die Herkunft wurden bei den jeweiligen Einrichtungen recherchiert oder bei den betreffenden Personen erfragt.

Angaben zu den 100 größten Unternehmen mit Sitz in den neuen Bundesländern stellen insofern eine Herausforderung dar, als es eine aktuelle Rangliste nicht gibt. Anhand verschiedener Quellen⁶ wurde eine Rangliste mit 172 Unternehmen nach Umsatzzahlen von 2012/13 erstellt. Aus dieser Aufstellung wurden wirtschaftlichen Einheiten, die lediglich Produktionsstätten, Niederlassungen oder Werke darstellen nicht in die Betrachtung einbezogen. Falls ein Unternehmen nicht erreichbar war oder keine Angaben machen wollte, rückte dasjenige mit dem nächstkleineren Umsatz nach.

Die Erhebung des Mitteldeutschen Rundfunks von 2004 bildet die Basis für die aktuelle Erhebung und deckt sich in weiten Teilen mit deren Verfahrensweise. Die erhobenen Rohdaten wurden allerdings einer kritischen Überarbeitung unterzogen um im Ergebnis eine höhere Genauigkeit und Vergleichbarkeit zu ermöglichen. Der Vergleich der Ergebnisse von 2004 mit denen von 2016 ist so möglich und bezüglich der abzuleitenden grundlegenden Entwicklungen valide. Die Gegenüberstellung soll vor allem zeigen, inwieweit die Erwartung eines Nachrückens ostdeutscher Führungskräfte zu bestätigen ist.

Die Angaben wurden eigenhändig erhoben und berechnet. Durch Auf- und Abrunden kann es bei Prozentangaben zu Ungenauigkeiten kommen.

⁶ Vgl. SachsenBank (2014): Fokus Mittelstand, S. 5ff. Nord/LB (2014): Mecklenburg-Vorpommern Report, S. 14ff. Märkische Allgemeine Zeitung (23. August 2013): Brandenburgs größte Unternehmen, S. 2.

4. Ergebnisse

4.1 Politik

Die administrative Elite zeigt bundesweit ein klares Übergewicht westdeutscher Positionsinhaber. Nur in den neuen Bundesländern ist heute ein Großteil der politischen Positionen von Ostdeutschen besetzt. In den fünf neuen Bundesländern haben drei der Ministerpräsidenten einen ostdeutschen Hintergrund. Und auch bei den fünf Landesregierungen insgesamt gibt es ein klares Übergewicht: 70 Prozent der Posten werden von Ostdeutschen besetzt, was dem Bevölkerungsanteil von 85 Prozent zumindest nahekommt.

Der im Vergleich mit anderen Bereichen hohe Anteil erklärt sich über eine hohe Politisierung der Generation Wende und das Prinzip demokratischer Wahlen, das schnelle Aufstiege vom Kreis bis in die Länderparlamente ermöglicht. Bei der Regierungsbildung geht es außerdem nicht immer nur um festgelegte Qualifikationen, sondern zum Beispiel auch um Regionalproportionalität innerhalb der Bundesländer.

Regierungsmitglieder insgesamt	Herkunft Ostdeutschland	Staatssekretäre insgesamt	Herkunft Ostdeutschland
50	35	54	25
Anteil	70 %	Anteil	46 %
n=50, keine Angabe=0		n=54, keine Angabe=0	
Quelle: eigene Recherchen, mündliche und schriftliche Befragung			

Bei den Staatssekretären in den Landesregierungen zeigt sich ein umgekehrtes Bild. Hier sind die Ostdeutschen mit einem Anteil von 46 Prozent in der Minderheit. Diese Positionen verlangen im besonderen Maße Menschen mit bestimmten fachlichen Qualifikationen, zum Beispiel Volljuristen mit langjähriger Erfahrung sowie eine gute Vernetzung innerhalb der eigenen Partei. Unter den möglichen Kandidaten gibt es weiterhin viel weniger Ostdeutsche.

In den Landesregierungen kommen 70 Prozent der Mitglieder aus dem Osten Deutschlands – ein auf den ersten Blick hoher Anteil. 2004 lag dieser Wert allerdings noch bei 75 Prozent und damit noch höher. Die politische Repräsentation von 87 Prozent der Bevölkerung in den neuen Ländern geht hier also wieder zurück.

Der Anteil ostdeutscher Staatssekretäre erlebte seit 2004 einen starken Anstieg, wobei sie immer noch weniger als die Hälfte der zu besetzenden Positionen einnehmen. Auf Landesebene gibt es offensichtlich bessere Chancen für den politischen Aufstieg Ostdeutscher als auf Bundesebene. Hier ist die Karriereleiter allerdings auch kürzer.

Tab. 2: Anteil Ostdeutscher in den Landesregierungen der fünf neuen Bundesländer (ohne Berlin) 2004 und 2015/2016			
Regierungsmitglieder insgesamt 2004	Herkunft Ostdeutschland	Regierungsmitglieder insgesamt 2016	Herkunft Ostdeutschland
52	39	50	35
Anteil	75 %	Anteil	70 %
n=52, keine Angabe=0		n=50, keine Angabe=0	
Quelle: Daten der MDR-Erhebung 2004, eigene Berechnung		Quelle: schriftliche Befragung, eigene Recherchen	
Staatssekretäre insgesamt 2004	Herkunft Ostdeutschland	Staatssekretäre insgesamt 2016	Herkunft Ostdeutschland
47	12	54	25
Anteil	26 %	Anteil	46 %
n=49, keine Angabe=2		n=54, keine Angabe=0	
Quelle: Daten der MDR-Erhebung 2004, eigene Berechnung		Quelle: schriftliche Befragung, eigene Recherchen	

Exkurs: Die Bundesregierung

Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundespräsident Joachim Gauck unterstreichen die Annahme, Ostdeutsche seien heute in den bundesdeutschen Spitzenpositionen angekommen. In der Bundesregierung werden 3 von 16 Posten⁷ von Ostdeutschen besetzt – inklusive Kanzlerin. Das entspricht etwa dem bundesweiten Bevölkerungsanteil Ostdeutscher von 17 Prozent. Aber diese drei Regierungsmitglieder spiegeln sich nicht in der Zahl der Staatssekretäre.

In die Positionen der 60 Staatssekretäre auf Bundesebene haben es nur wenige Ostdeutsche geschafft, weder bei den parlamentarischen noch bei den beamteten Staatssekretären. Von 27 beamteten Staatssekretären in der Bundesregierung, die in den jeweiligen Ministerien immerhin weisungsbefugt sind⁸, kommen zwei aus Ostdeutschland. Während beamtete Staatssekretäre im Wesentlichen durch langjährige Verwaltungserfahrung und politische Vernetzung zu ihren Ämtern kommen, was westdeutschen Politikerkarrieren entgegenkommt, erstaunt die geringe Zahl von Ostdeutschen bei den parlamentarischen Staatssekretären. Obwohl diese lediglich den Minister in Sitzungen und politischen Funktionen vertreten⁹, also keine besondere Erfahrung nötig ist, kommt nur einer von ihnen aus Ostdeutschland.

⁷ Staatsminister, die als parlamentarische Staatssekretäre mit diesem Amt betraut wurden, werden als Staatssekretäre gezählt.

⁸ Vgl. § 6 II Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO vom 1. September 2000, zuletzt geändert zum 1. September 2011).

⁹ Vgl. §1 II Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre (ParlStG vom 24. Juli 1974, zuletzt geändert zum 17. Juli 2015).

Tab. 3: Ostdeutsche in der Bundesregierung 2016			
Regierungsmitglieder	Insgesamt	Herkunft Ostdeutschland	Herkunft Westdeutschland
	16	3	13
Beamtete Staatssekretäre	Insgesamt	Herkunft Ostdeutschland	Herkunft Westdeutschland
	27	2	25
Parlamentarische Staatssekretäre	Insgesamt	Herkunft Ostdeutschland	Herkunft Westdeutschland
	33	1	32
n=76, keine Angabe=0			
Quelle: eigene Recherchen, mündliche Befragung			

In der Bundesregierung unter Gerhard Schröder gab es 2004 einen Minister aus den neuen Bundesländern. 2016 sind es drei. Mit dem Anstieg des Anteils von 7 auf 19 Prozent erreicht der Wert 25 Jahre nach dem Mauerfall in etwa den Bevölkerungsanteil Ostdeutscher in Gesamtdeutschland. Dies ist umso bemerkenswerter, da viele Ministerposten der aktuell unionsgeführten Regierung nach Regionalproporz vergeben werden.

Tab. 4: Anteil Ostdeutscher in den Bundesregierungen 2004 und 2015/2016			
Regierungsmitglieder insgesamt 2004	Herkunft Ostdeutschland	Regierungsmitglieder insgesamt 2016	Herkunft Ostdeutschland
15	1	16	3
Anteil	7 %	Anteil	19 %
n=15, keine Angabe=0		n=16, keine Angabe=0	
Quelle: Daten der MDR-Erhebung 2004, eigene Berechnung		Quelle: schriftliche Befragung, eigene Recherchen	
Parlamentarische Staatssekretäre insgesamt 2004	Herkunft Ostdeutschland	Parlamentarische Staatssekretäre insgesamt 2016	Herkunft Ostdeutschland
28	5	33	1
Anteil	18 %	Anteil	3 %
n=28, keine Angabe=0		n=33, keine Angabe=0	
Quelle: Daten der MDR-Erhebung 2004, eigene Berechnung		Quelle: schriftliche Befragung, eigene Recherchen	
Beamtete Staatssekretäre insgesamt 2004	Herkunft Ostdeutschland	Beamtete Staatssekretäre insgesamt 2016	Herkunft Ostdeutschland
23	1	27	2
Anteil	4 %	Anteil	7 %
n=23, keine Angabe=0		n=27, keine Angabe=0	
Quelle: Daten der MDR-Erhebung 2004, eigene Berechnung		Quelle: schriftliche Befragung, eigene Recherchen	

Diesem Trend steht die Entwicklung bei den Staatssekretären gegenüber. Obwohl deren Gesamtzahl seit 2004 von 51 auf 60 stieg, sank die Zahl von Ostdeutschen von sechs auf drei. Im Einzelnen: Zwar stieg die Zahl der beamteten Staatssekretäre von eins auf zwei, aber die die Zahl der parlamentarischen Staatssekretäre sank von fünf auf eins.

4.2 Medien

Regionale Massenmedien, ob die klassischen Printmedien oder die elektronischen Medien wie Hörfunk und Fernsehen, sind die zentralen Informations- und Kommunikationsmittel an ein regional eingrenzbare Publikum – im hier untersuchten Fall die Bevölkerung der neuen Bundesländer. In dieser Hinsicht ist die Frage relevant, ob diese Bevölkerung in den medialen Entscheidungsgremien repräsentiert ist.

4.2.1 Duales Rundfunksystem

Für die Führungspositionen in den elektronischen Medien werden die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und die Landesmedienanstalten betrachtet. Als Teil des dualen Rundfunksystems der Bundesrepublik versorgen drei Rundfunkanstalten die neuen Bundesländer mit Hörfunk und Fernsehen.

2011 sorgte die erste ostdeutsche Intendantin unter den drei betrachteten Rundfunkanstalten, NDR, RBB und MDR, für Aufsehen. Unter den nachrangigen Führungspositionen, den Bereichsdirektoren sowie den Chefredakteuren, sind sieben weitere Ostdeutsche. Hieraus ergibt sich ein Anteil von gut einem Viertel, wobei über die Hälfte der Zuschauer und Zuhörer dieser drei Rundfunkanstalten aus Ostdeutschland kommt.

Leitungspositionen im...	Insgesamt	Herkunft Ostdeutschland	Herkunft Westdeutschland
Mitteldeutschen Rundfunk	10	6	4
Rundfunk Berlin-Brandenburg	6	1	5
Norddeutscher Rundfunk	12	1	11
n=28, keine Angabe=0			
Quelle: eigene Recherchen			

Beim NDR beispielsweise hat lediglich die Direktorin des Landesfunkhauses Mecklenburg-Vorpommern eine ostdeutsche Herkunft. Der geringe Anteil lässt sich mit dem Neuaufbau der beiden ostdeutschen Rundfunkanstalten und des NDR-Landesfunkhauses durch westdeutsche Fernseh- und Hörfunkexperten erklären. Diese mussten auf Direktorenebene und auch bei den Abteilungsleitern auf erfahrene Kräfte zurückgreifen, die sie Anfang der 1990er Jahre aus den alten Bundesländern übernahmen. Aus diesem Reservoir rekrutieren sich noch heute die Kandidaten für die Führungspositionen.

Bei der MDR-Erhebung 2004 wurden im öffentlichen-rechtlichen Rundfunk die Intendanten, die Fernseh- und Hörfunkdirektoren sowie die Chefredakteure hinterfragt. Zwei von zwölf

Positionen, also 17 Prozent, waren von Ostdeutschen besetzt. Der Anstieg auf 27 Prozent bzw. um einen Ostdeutschen, ist wegen der geringen Größe des erfassten Kreises von Positionen kaum grundsätzlich zu interpretieren, gibt aber eine Tendenz wieder.

Tab. 6: Anteil Ostdeutscher in den Leitungspositionen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (MDR, NDR, RBB) in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) 2004 und 2016			
Leitungspositionen 2004	Herkunft Ostdeutschland	Leitungspositionen 2016	Herkunft Ostdeutschland
12	2	11	3
Anteil	17 %	Anteil	27 %
n=12, keine Angabe=0		n=11, keine Angabe=0	
Quelle: Daten der MDR-Erhebung 2004		Quelle: eigene Recherchen	

Diese Verteilung setzt sich an den Spitzen der fünf Landesmedienanstalten fort. Nachdem es dort lange Zeit nur einen Direktor bzw. Geschäftsführer aus Ostdeutschland gab, ist im März 2016 in Mecklenburg-Vorpommern ein weiterer hinzugekommen – ein Beispiel für ein Nachrücken ostdeutscher Führungskräfte. In den weiteren Gremien der Landesmedienanstalten sitzen in der Regel gewählte gesellschaftliche Vertreter. Von sechs Vorsitzenden dieser Gremien kommen 2016 vier aus den neuen Bundesländern.

Tab. 7: Ostdeutsche in den Leitungspositionen der Landesmedienanstalten in den neuen Bundesländern 2016			
Leitungspositionen	Insgesamt	Herkunft Ostdeutschland	Herkunft Westdeutschland
Direktoren, Geschäftsführer	5	2	3
Vorsitzende von Gremien	6	4	2
n=11, keine Angabe=0			
Quelle: eigene Recherchen, schriftliche Anfragen			

4.2.2 Zeitungsmarkt

Der Zeitungsmarkt in den neuen Bundesländern wird laut IVW von 13 verschiedenen regionalen Tageszeitungen bedient. Mehr als jede zweite Chefredaktion wird von einem Ostdeutschen geleitet – 62 Prozent. Doch die Geschäftsführung bzw. Leitung der Zeitungsverlage obliegt zu 91 Prozent Westdeutschen. Ein wesentlicher Grund liegt darin, dass heute jede dieser Zeitungen indirekt oder direkt zu einem westdeutschen Medienkonzern gehört.

Tab. 8: Anteil Ostdeutscher in den Leitungspositionen der 13 größten Regionalzeitungen in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) 2016			
Chefredakteure	Herkunft Ost-deutschland	Verlagsleiter, Geschäftsführer	Herkunft Ost-deutschland
13	8	23	2
Anteil	62 %	Anteil	9 %
n=36, keine Angabe=0			
Quelle: schriftliche Befragung			

Für die 13 erwähnten Regionalzeitungen liegen aus dem Jahr 2004 Angaben zu Führungspositionen vor. Demnach gab es bei den Chefredakteuren aus den neuen Bundesländern einen Anstieg von 42 auf 62 Prozent. Unter den Verlagsleitern bzw. Geschäftsführern ist dagegen ein Rückgang von 36 auf 9 Prozent zu verzeichnen. Im Zuge zahlreicher Eigentümerwechsel und Übernahmen ostdeutscher Regionalzeitungen durch westdeutsche Verlage werden heute also über 90 Prozent der Geschäftsführerposten von Menschen besetzt, die dort herkommen, wo auch der jeweilige Mutterkonzern sitzt, aus Westdeutschland.

Tab. 9: Anteil Ostdeutscher in den Leitungspositionen der 13 größten Regionalzeitungen in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) 2004 und 2015/2016			
Chefredakteure 2004	Herkunft Ost-deutschland	Chefredakteure 2016	Herkunft Ost-deutschland
12	5	13	8
Anteil	42 %	Anteil	62 %
n=13, keine Angabe=1		n=13, keine Angabe=0	
Quelle: Daten der MDR-Erhebung 2004		Quelle: schriftliche und mündliche Befragung	
Verlagsleiter, Geschäftsführer 2004	Herkunft Ost-deutschland	Verlagsleiter, Geschäftsführer 2016	Herkunft Ost-deutschland
14	5	23	2
Anteil	36 %	Anteil	9 %
n=14, keine Angabe=0		n=23, keine Angabe=0	
Quelle: Daten der MDR-Erhebung 2004, eigene Berechnung		Quelle: schriftliche und mündliche Befragung	

4.3 Wirtschaft

Die Wirtschaft in den neuen Bundesländern ist geprägt vom tiefgreifenden Transformationsprozess nach 1990. Trotz modernster Industrieanlagen ist die Wirtschaftskraft nach wie vor insgesamt viel geringer als in den alten Bundesländern. Die 100 größten Unternehmen erreichen hier einen jährlichen Umsatz von etwas über 80 Mrd. Euro – so viel wie allein die BMW AG in München. Dennoch gehören deren Leiter fraglos zur wirtschaftlichen Elite in Ostdeutschland und sind damit Gegenstand dieser Untersuchung.

Die Zahl der übrigen Beschäftigten kann ebenso Einfluss auf das Nachrücken von Führungskräften haben, bilden die größten Unternehmen mit ihren hohen Beschäftigtenzahlen doch das Rückgrat der ostdeutschen Wirtschafts- und Sozialstruktur. Deswegen bezieht die öffentliche Auseinandersetzung über die Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft seit 1990 immer wieder die Zahl der Beschäftigten ein. Ob Politiker oder Bürger, Gewerkschaften oder Unternehmen, seit der Wiedervereinigung stehen die Rettung von Arbeitsplätzen und die Senkung der Arbeitslosenquote im Mittelpunkt der qualitativen Betrachtung. Kein Wunder, denn bis 1994 gingen in allen Wirtschaftszweigen, abgesehen vom Dienstleistungssektor, etwas über vier Millionen Arbeitsplätze verloren. Neben dieser großen Herausforderung für das Sozialsystem prägte der Verlust zahlreicher Fachkräfte und (potentieller) Führungskräfte die Struktur in Ostdeutschland. In dieser Zeit siedelten 660.000 der 18-40jährigen in die alten Bundesländer über – etwa 12 Prozent der Bevölkerung in dieser Altersgruppe, dem ein Bevölkerungsrückgang von insgesamt nur 5,4 Prozent gegenübersteht¹⁰. Damit ging den potentiellen ostdeutschen Eliten ein erhebliches Nachwuchsreservoir verloren. Vor allem mit einer hohen Zahl an Arbeitsplätzen lassen sich diese Fach- und Führungskräfte in den neuen Ländern halten.

Neben diesem quantitativen steht ein qualitativer Faktor für den Aufstieg wirtschaftlicher Führungskräfte: die strukturelle Größe von Unternehmen und Unternehmensgruppen. Größere Unternehmen, besonders privatwirtschaftliche Industrie- und Dienstleistungsunternehmen, benötigen entsprechend größere Abteilungen für Forschung und Entwicklung sowie für die Verwaltung. Jene ostdeutschen Tochterunternehmen, die mit einem Mutterkonzern im Ausland oder in den alten Bundesländern verbunden sind, haben seltener diese Abteilungen. Aufstiege über diese Bereiche in die Leitungsebene werden dadurch erschwert.

Unter diesen Prämissen wird zunächst die Herkunft der Unternehmensführung mit der Herkunft der Eigentümer(-gesellschaften) im Zusammenhang betrachtet. In einem weiteren Schritt werden diese Eigentumsverhältnisse mit den Beschäftigtenzahlen verglichen, um zu zeigen, wer über den Bestand und die Zukunft ostdeutscher Wirtschaftseliten bestimmt.

Vorab verrät ein kurzer Überblick die Eigentümerverhältnisse der 100 erhobenen Unternehmen: Bei der knappen Hälfte hat auch die Eigentümergesellschaft ihren Sitz in den neuen Bundesländern – 49 Prozent. Über die Hälfte der größten ostdeutschen Unternehmen ist in westdeutschem oder ausländischem Besitz: bei 30 Prozent befindet sich der Eigentümer in den alten Bundesländern, bei 21 Prozent der Unternehmen sitzt er im Ausland.

4.3.1 Leitungsstruktur der 100 größten Unternehmen in den neuen Bundesländern

Die Führungskräfte der 100 größten Unternehmen in den neuen Bundesländern setzen sich aus Geschäftsführern oder Vorstandsvorsitzenden und deren Stellvertretern zusammen – insgesamt 188 Positionen¹¹. Doch obwohl fast die Hälfte der Unternehmen komplett in Ostdeutschland ansässig ist, sind von diesen 188 möglichen Managerposten nur 63 von Ostdeutschen besetzt. Bei den Leitern an der Spitze liegt der Anteil bei 25 Prozent. Von allen befragten Unternehmen konnten 78 einen ersten Stellvertreter des Leiters nennen. 45 Prozent setzen an dieser Stelle auf jemanden aus den neuen Bundesländern, etwas weniger als auf einen Westdeutschen (47 Prozent).

¹⁰ Klaus Funken: Keine Wende am Arbeitsmarkt in Ostdeutschland – eine Zwischenbilanz im Jahre 1996. Bonn, 1996, S. 9f.

¹¹ Sechs Unternehmen gaben mehrere gleichrangige Geschäftsführer an. Diese und 16 weitere Unternehmen konnten keinen eindeutigen Stellvertreter nennen.

Tab. 10: Anteil Ostdeutscher in der Leitungsebene der 100 größten Unternehmen in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) 2016			
Unternehmensleiter	Herkunft Ostdeutschland	Herkunft Ausland	Herkunft Westdeutschland
Anzahl	28	17	65
Anteil	25 %	15 %	59 %
n=110, keine Angabe=0			
Quelle: schriftliche und mündliche Befragung			
Stellvertreter des Unternehmensleiters	Herkunft Ostdeutschland	Herkunft Ausland	Herkunft Westdeutschland
Anzahl	35	6	37
Anteil	45 %	8 %	47 %
n=78, keine Angabe=0			
Quelle: schriftliche und mündliche Befragung			

Die Erhebung der Leitungsstruktur der 100 größten ostdeutschen Unternehmen von 2016 orientierte sich eng an jener von 2004, wobei ein Punkt nicht identisch wiederholt wurde: Damals wurde unter den 100 größten Unternehmen etwas unpräzise nach dem Stammsitz gefragt, während heute nach dem Sitz des Haupteigentümers gefragt wurde. Hierüber waren heute eindeutige Angaben über die Eigentümerstruktur möglich. Außerdem liegen aus dem Jahr 2004 nur die Angaben von 99 Unternehmen vor.

Im Ergebnis ist der Anteil Unternehmen mit ostdeutschem Eigentümer von 63 auf 49 Prozent gesunken, während der Anteil ausländischer Tochtergesellschaften von 13 auf 21 Prozent gestiegen ist. Auch der Anteil westdeutscher Tochterunternehmen ist in dieser Zeit von 23 auf 30 Prozent gestiegen.

Betrachtet man die Ebene der Geschäftsführung im Vergleich mit dem Jahr 2004 ist der Ost-Anteil – trotz dieser Eigentümerentwicklung – leicht von 20 auf 25 Prozent gestiegen. Allerdings wird weiterhin nur jeder dritte Chefposten von Ostdeutschen besetzt. In der Ebene unterhalb der Chefetage ist der Anteil Ostdeutscher rückläufig. Der Wert sank von 52 auf 45 Prozent. Ausländische und westdeutsche Stellvertreter legten leicht zu.

Tab. 11: Anteil Ostdeutscher in der Leitungsebene der 100 größten Unternehmen in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) 2004 und 2015/2016			
Unternehmensleiter 2004	Herkunft Ostdeutschland	Unternehmensleiter 2016	Herkunft Ostdeutschland
99	20	110	28
Anteil	20 %	Anteil	25 %
n=99, keine Angabe=0		n=110, keine Angabe=0	
Quelle: Daten der MDR-Erhebung 2004		Quelle: schriftliche und mündliche Befragung	
Stellvertreter des Unternehmensleiters 2004	Herkunft Ostdeutschland	Stellvertreter des Unternehmensleiters 2016	Herkunft Ostdeutschland
89	46	78	35
Anteil	52 %	Anteil	45 %
n=99, keine Angabe=10		n=78, keine Angabe=0	
Quelle: Daten der MDR-Erhebung 2004, eigene Berechnung		Quelle: schriftliche und mündliche Befragung	

a) Eigentümer hat seinen Hauptsitz in den neuen Bundesländern

Bemerkenswert bei den Zahlen von heute ist, dass selbst wenn sich auch die Eigentümergesellschaft des Unternehmens in den neuen Bundesländern befindet, über zwei Drittel der Chefposten von Westdeutschen besetzt werden – 67 Prozent gegenüber 29 Prozent aus Ostdeutschland. Selbst die Stellvertreterposten besetzen nur zu 45 Prozent Ostdeutsche.

Das dürfte daran liegen, dass diese Unternehmen keine Tochterunternehmen westdeutscher oder ausländischer Konzerne sind. Hier haben sich also erfahrene, durchsetzungsfähige und etablierte Manager durchsetzen müssen (bzw. wurden diese eingesetzt), die an der obersten Spitze eines Unternehmens bestehen können. In der Geschäftsführung von Tochterunternehmen werden diese Attribute seltener benötigt. Durch die DDR-Vergangenheit und die schwache sowie wenig eigenständige Wirtschaftsentwicklung in den neuen Ländern gibt es vermutlich weniger ostdeutsche Ökonomen mit diesen Voraussetzungen. Allerdings würde sich dieses Bild schnell wandeln, wenn man kleinere ostdeutsche Unternehmensgründungen hinzuzieht.

Tab. 12: Anteil Ostdeutscher unter den Leitern der 100 größten Unternehmen in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) – Eigentümer in den neuen Bundesländern – 2016			
Unternehmensleiter	Herkunft Ostdeutschland	Herkunft Ausland	Herkunft Westdeutschland
Anzahl	16	2	37
Anteil	29 %	4 %	67 %
n=55, keine Angabe=0			
Quelle: schriftliche und mündliche Befragung			
Stellvertreter des Unternehmensleiters	Herkunft Ostdeutschland	Herkunft Ausland	Herkunft Westdeutschland
Anzahl	15	2	20
Anteil	41 %	5 %	54 %
n=37, keine Angabe=0			
Quelle: schriftliche und mündliche Befragung			

Die auffällig kleine Zahl ostdeutscher Manager in rein ostdeutschen Unternehmen hat sich seit 2004 sogar noch weiter verringert – insgesamt von 40 auf 34 Prozent. Während der Anteil in der Führungsetage leicht 27 auf 29 Prozent anstieg, sank er bei den Stellvertretern von 53 auf 41 Prozent.

Tab. 13: Anteil Ostdeutscher unter den Leitern der 100 größten Unternehmen in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) – Eigentümer in den neuen Bundesländern – 2004 und 2015/2016			
Unternehmensleiter 2004	Herkunft Ostdeutschland	Unternehmensleiter 2016	Herkunft Ostdeutschland
63	17	55	16
Anteil	27 %	Anteil	29 %
n=63, keine Angabe=0		n=55, keine Angabe=0	
Quelle: Daten der MDR-Erhebung 2004		Quelle: schriftliche und mündliche Befragung	
Stellvertreter des Unternehmensleiters 2004	Herkunft Ostdeutschland	Stellvertreter des Unternehmensleiters 2016	Herkunft Ostdeutschland
60	32	37	15
Anteil	53 %	Anteil	41 %
n=63, keine Angabe=3		n=37, keine Angabe=0	
Quelle: Daten der MDR-Erhebung 2004, eigene Berechnung		Quelle: schriftliche und mündliche Befragung	

b) Eigentümer hat seinen Hauptsitz in den alten Bundesländern

Ist der Eigentümer in den alten Bundesländern ansässig, ergibt sich ein erstaunliches Bild: Der prozentuale Anteil Ostdeutscher in der Unternehmensführung ist etwas höher als bei

den genuin ostdeutschen Unternehmen. Zwar liegt Anteil an der Unternehmensspitze ebenfalls bei 29 Prozent. Aber hier sind 50 Prozent der Stellvertreter-Posten von Ostdeutschen besetzt.

Tab. 14: Anteil Ostdeutscher unter den Leitern der 100 größten Unternehmen in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) – Eigentümer in den alten Bundesländern – 2016			
Unternehmensleiter	Herkunft Ostdeutschland	Herkunft Ausland	Herkunft Westdeutschland
Anzahl	9	2	20
Anteil	29 %	6 %	65 %
n=31, keine Angabe=0			
Quelle: schriftliche und mündliche Befragung			
Stellvertreter des Unternehmensleiters	Herkunft Ostdeutschland	Herkunft Ausland	Herkunft Westdeutschland
Anzahl	13	0	13
Anteil	50 %	0 %	50 %
n=26, keine Angabe=0			
Quelle: schriftliche und mündliche Befragung			

Dass es sich hier in der Regel um 100%ige Tochterunternehmen handelt, ist ein möglicher Grund für dieses Verhältnis. Denn die Geschicke der Unternehmen werden von einer Zentrale in den alten Bundesländern vorgegeben, während zur Umsetzung der Vorgaben offenbar Fachkräften aus der Region rekrutiert werden, die auch Erfahrung mit den Mitarbeitern und der Situation vor Ort haben.

Einhergehend mit dem höheren Anteil als bei ostdeutschen Unternehmen setzten westdeutsche Konzerne in den letzten Jahren verstärkt auf ostdeutsche Führungskräfte. Bei den Leitern stieg der Anteil von 13 auf 29 Prozent, bei den Stellvertretern von 47 auf 50 Prozent. Während auf den Positionen der Stellvertreter die Anteile Ost- und Westdeutscher im Jahr 2004 noch gleichauf waren, überholten die Ostdeutschen nun ihre Landsleute aus dem Westen.

Tab. 15: Anteil Ostdeutscher unter den Leitern der 100 größten Unternehmen in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) – Eigentümer in den alten Bundesländern – 2004 und 2015/2016			
Unternehmensleiter 2004	Herkunft Ostdeutschland	Unternehmensleiter 2016	Herkunft Ostdeutschland
23	3	31	9
Anteil	13 %	Anteil	29 %
n=23, keine Angabe=0		n=31, keine Angabe=0	
Quelle: Daten der MDR-Erhebung 2004		Quelle: schriftliche und mündliche Befragung	
Stellvertreter des Unternehmensleiters 2004	Herkunft Ostdeutschland	Stellvertreter des Unternehmensleiters 2016	Herkunft Ostdeutschland
17	8	26	13
Anteil	47 %	Anteil	50 %
n=23, keine Angabe=6		n=26, keine Angabe=0	
Quelle: Daten der MDR-Erhebung 2004, eigene Berechnung		Quelle: schriftliche und mündliche Befragung	

c) *Eigentümer hat seinen Hauptsitz im Ausland*

21 der 100 größten Unternehmen Ostdeutschlands gehören einer Eigentümergesellschaft aus dem Ausland. Diese entstanden in der Regel nach der Wiedervereinigung, als viele ausländische Konzerne Milliarden in den Aufbau neuer Produktionsanlagen oder in die Übernahme alter DDR-Betriebe investierten. In diesen Unternehmen setzt sich das Missverhältnis in der Leitungsstruktur fort. Von den Unternehmensleitern kommen 13 Prozent aus den neuen Bundesländern, während es bei den Stellvertretern fast die Hälfte ist. Der Hauptgrund wird wie erwähnt in der Erfahrung mit den örtlichen Bedingungen liegen.

Tab. 16: Anteil Ostdeutscher unter den Leitern der 100 größten Unternehmen in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) – Eigentümer im Ausland – 2016			
Unternehmensleiter	Herkunft Ostdeutschland	Herkunft Ausland	Herkunft Westdeutschland
Anzahl	3	13	8
Anteil	13 %	54 %	33 %
n=24, keine Angabe=0			
Quelle: schriftliche und mündliche Befragung			
Stellvertreter des Unternehmensleiters	Herkunft Ostdeutschland	Herkunft Ausland	Herkunft Westdeutschland
Anzahl	7	4	4
Anteil	47 %	27 %	27 %
n=18, keine Angabe=3			
Quelle: schriftliche und mündliche Befragung			

Auch Unternehmen, deren Eigentümergesellschaften im Ausland sitzen, rekrutieren zunehmend Ostdeutsche zur Führung ihrer ostdeutschen Tochterfirmen. War an der Spitze 2004 kein Ostdeutscher zu finden, liegt der Anteil heute bei 13 Prozent. Bei den Stellvertretern der Unternehmensleiter sank der Wert wiederum etwas von 50 auf 47 Prozent.

Tab. 17: Anteil Ostdeutscher unter den Leitern der 100 größten Unternehmen in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) – Eigentümer im Ausland – 2004 und 2015/2016			
Unternehmensleiter 2004	Herkunft Ostdeutschland	Unternehmensleiter 2016	Herkunft Ostdeutschland
13	0	24	3
Anteil	0 %	Anteil	13 %
n=13, keine Angabe=0		n=24, keine Angabe=0	
Quelle: Daten der MDR-Erhebung 2004		Quelle: schriftliche und mündliche Befragung	
Stellvertreter des Unternehmensleiters 2004	Herkunft Ostdeutschland	Stellvertreter des Unternehmensleiters 2016	Herkunft Ostdeutschland
12	6	15	7
Anteil	50 %	Anteil	47 %
n=13, keine Angabe=1		n=15, keine Angabe=0	
Quelle: Daten der MDR-Erhebung 2004, eigene Berechnung		Quelle: schriftliche und mündliche Befragung	

Exkurs: Leitungsstruktur der DAX-Unternehmen

Einhergehend mit der unterschiedlichen Wirtschaftskraft in Ost und West gehören nur zwei ostdeutsche Unternehmen zu den 100 größten der Bundesrepublik. Kein einziges ist im Deutschen Aktienindex (DAX) gelistet. In den DAX-Konzernen gibt es insgesamt 190 Vorstandsposten – aktuell sind davon drei von Ostdeutschen besetzt. Dass daneben 50 Vorstände aus dem Ausland stammen, zeigt die starke internationale Ausrichtung deutscher Großkonzerne. Die für diese hohen Positionen verlangten Voraussetzungen, konnten Ostdeutsche offenbar noch nicht in entsprechendem Umfang erbringen oder sie werden in den Netzwerken der entsprechenden Entscheider nicht wahrgenommen. Dafür sind die DAX-Unternehmen in der Regel zu stark in ihren westdeutschen Wirtschaftsregionen verankert, aus denen sich die Spitzenkräfte ebenfalls rekrutieren.

Tab. 18: Anteil Ostdeutscher in den Vorständen der 30 DAX-Unternehmen in Deutschland 2016			
Vorstände insgesamt	Herkunft Ostdeutschland	Herkunft Ausland	Herkunft Westdeutschland
190	3	50	137
Quelle: eigene Recherchen			

4.3.2 Beschäftigtenzahlen der 100 größten Unternehmen in den neuen Bundesländern

Höhere Beschäftigtenzahlen erhöhen die Wahrscheinlichkeit, dass die Unternehmen auch in Zukunft weiterbestehen, und dass Fachkräfte gehalten werden können. Doch wer bestimmt über die Anzahl und Zukunft dieser Arbeitsplätze sowie über die strukturelle Größe der ostdeutschen Großunternehmen?

In den 49 Unternehmen mit Eigentümer in Ostdeutschland arbeiten 88.571 Beschäftigte, durchschnittlich 1.808 Beschäftigte je Unternehmen. Es sind vor allem Großunternehmen mit über 500 Angestellten, die gute Chancen haben, diese Arbeitsplätze auch in Zukunft zu halten. Auffällig ist allerdings, dass von den 49 größten Unternehmen allein 17 im Besitz öffentlicher Träger sind. Es handelt sich vor allem um kommunale Versorgungsunternehmen und (Universitäts-)Kliniken.

Tab. 19: Beschäftigte in Unternehmen (Eigentümer in Ostdeutschland)	
Beschäftigte in Unternehmen	88.571
Beschäftigte je Unternehmen	1.808
Beschäftigte in Unternehmen (ohne öffentlich-rechtliche Träger)	43.522
Beschäftigte je Unternehmen (ohne öffentlich-rechtliche Träger)	1.360

Vernachlässigt man diese Betriebe, kommt man nur noch auf 1.360 Beschäftigte je Unternehmen. Es hängen im Durchschnitt also viel mehr Arbeitsplätze an der öffentlichen Hand als an privatwirtschaftlichen Eigentümern.

Die genannten Zahlen zu den ostdeutschen Unternehmen erscheinen nochmals in einem anderen Licht, vergleicht man sie mit denen der westdeutschen Tochterunternehmen. In diesen arbeiten insgesamt 46.231 Angestellte, durchschnittlich 1.491 Menschen. Dies sind ausschließlich privatwirtschaftliche Gesellschaften, von denen also mehr Arbeitsplätze abhängen als von jenen aus Ostdeutschland: 46.231 gegenüber 43.522 in der ostdeutschen Privatwirtschaft. Westdeutsche Unternehmen beeinflussen den ostdeutschen Arbeitsmarkt also auf mehreren Ebenen: einerseits ziehen sie Fachkräfte in die alten Bundesländer, andererseits bestimmen sie über die Quantität und Qualität eines Großteils der Arbeitsplätze in den neuen Bundesländern.

Tab. 20: Beschäftigte in Unternehmen (Eigentümer in den alten Bundesländern)	
Beschäftigte in Unternehmen	46.231
Beschäftigte je Unternehmen	1.491

Dieser Einfluss ist bei ausländischen Tochterunternehmen sogar noch größer. In den 20 Unternehmen mit ausländischer Muttergesellschaft arbeiten 35.030 Beschäftigte, im Durchschnitt 1.752 Menschen. Es sind also ausländische Unternehmen, die noch stärker als deutsche Unternehmen über die Zukunft des ostdeutschen Arbeitsmarktes entscheiden können. Hinzu kommt, dass strategische Entscheidungen über die Tochterunternehmen fernab vom Standort, mit geringerem lokalem Bezug getroffen werden – ein potentielles Risiko für den Arbeitsmarkt.

Tab. 21: Beschäftigte in Unternehmen (Eigentümer aus dem Ausland)	
Beschäftigte in Unternehmen	35.030
Beschäftigte je Unternehmen	1.752

4.4 Wissenschaft

In der Vielfalt wissenschaftlicher Institutionen lohnt der Blick in verschiedene Einrichtungen in den neuen Bundesländern. Dabei ergibt sich ein differenziertes Bild an den Hochschulen sowie an den Leibniz- und Max-Planck-Instituten, sofern man sich ausschließlich mit der Leitungsebene beschäftigt. Allen gemein ist, dass es nach 1990 erhebliche Umstrukturierungen an den ideologisch geprägten Wissenschaftseinrichtungen der DDR gab. Neuaufbau und Umbau der Hochschulen und Forschungseinrichtungen nach bundesdeutschen Standards oblag vor allem bundesdeutschen Wissenschaftlern, die ihren Apparat teilweise nach Ostdeutschland mitbrachten.

4.4.1 Leitungsstruktur der größten Hochschulen in den neuen Bundesländern

Rektoren und Kanzler der Hochschulen werden meist von denselben Gremien gewählt, doch ihre Herkunft ist unausgeglichen. Sucht man sie in den neuen Bundesländern bei den Universitäten und Fachhochschulen mit mehr als 5.000 Studierenden, findet man drei ostdeutsche Rektoren bzw. Präsidenten – ein Anteil von 14 Prozent. Auch hier ist der Wert sehr klein, weil diese repräsentativen Ämter wie in der Wirtschaft Durchsetzungsfähigkeit, Erfahrung und Vernetzung verlangen – Kriterien, die möglicherweise immer noch wenige ostdeutsche Wissenschaftler erfüllen.

Tab. 22: Anteil Ostdeutscher unter den Rektoren und Kanzlern der größten Hochschulen (mind. 5.000 Studenten) in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) 2016			
Rektoren insgesamt	Herkunft Ostdeutschland	Herkunft Ausland	Herkunft Westdeutschland
22	3	1	18
Anteil	14 %	5 %	82 %
n=23, keine Angabe=1			
Quelle: schriftliche Befragung, eigene Recherchen			
Kanzler insgesamt	Herkunft Ostdeutschland	Herkunft Ausland	Herkunft Westdeutschland
20	10	0	10
Anteil	50 %	0 %	50 %
n=23, keine Angabe=3			
Quelle: schriftliche und mündliche Befragung			

Ein umgekehrtes Bild bei den Kanzlern, die die Finanzen und Immobilien der jeweiligen Hochschule verwalten: die Hälfte stammt aus dem Osten. Da die Mehrheit der Kanzler nicht nur ostdeutsch, sondern auch weiblich ist, liegt die Vermutung nahe, dass die wählenden Gremien hier nach Proporz auswählen.

Bei der Erhebung 2004 wurde nur eine unbestimmte Auswahl großer Hochschulen in den neuen Bundesländern in die Statistik aufgenommen, beispielsweise entfiel die Technische

Universität Bergakademie Freiberg. Insgesamt wurden jeweils etwa 20 Positionen betrachtet. Im Ergebnis ging die Zahl der gewählten Rektoren seit 2004 von vier und drei zurück. Bei den Kanzlern dagegen gab es bei den Anteilen einen Anstieg von 47 auf 50 Prozent.

Tab. 23: Anteil Ostdeutscher unter den Rektoren und Kanzlern der größten Hochschulen in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) 2004 und 2015/2016			
Rektoren insgesamt 2004	Herkunft Ostdeutschland	Rektoren insgesamt 2016	Herkunft Ostdeutschland
18	4	22	3
Anteil	22 %	Anteil	14 %
n=20, keine Angabe=2		n=23, keine Angabe=1	
Quelle: Daten der MDR-Erhebung 2004, eigene Berechnung		Quelle: schriftliche und mündliche Befragung, eigene Recherchen	
Kanzler insgesamt 2004	Herkunft Ostdeutschland	Kanzler insgesamt 2016	Herkunft Ostdeutschland
15	7	20	10
Anteil	47 %	Anteil	50 %
n=20, keine Angabe=5		n=23, keine Angabe=3	
Quelle: Daten der MDR-Erhebung 2004, eigene Berechnung		Quelle: schriftliche und mündliche Befragung, eigene Recherchen	

4.4.2 Leitungsstruktur der großen Forschungsinstitute in den neuen Bundesländern

Auch in den eigenständigen Forschungsinstituten der vier großen Forschungsgesellschaften ist der Anteil Ostdeutscher gering, was auch hier auf eine schwache Vernetzung von ostdeutschen Wissenschaftlern schließen lässt. Die Stellen werden allerdings teilweise auch international ausgeschrieben.

In den neuen Bundesländern gibt es 16 eigenständige Max-Planck-Institute mit bestimmten Hauptarbeitsgebieten bzw. Forschungsbereichen, die von je einem Direktor geleitet werden. Eine knappe Hälfte dieser Direktoren kommt jeweils aus den alten Bundesländern sowie aus dem Ausland. Der Anteil ausländischer Wissenschaftler resultiert aus der internationalen Ausrichtung der Max-Planck-Gesellschaft. Nur drei der 63 Hauptarbeitsgebiete werden von Ostdeutschen geleitet, was in Anbetracht der weltweiten Rekrutierungspraxis dieser Forschungsgesellschaft nachvollziehbar ist.

Unter den 32 Vorständen und Direktoren der Leibniz-Institute gibt es keinen aus dem Ausland und nur eine Handvoll aus Ostdeutschland stammende Wissenschaftler. Dieser geringe Anteil ist insofern erstaunlich, als die Leibniz-Gemeinschaft sehr früh die ehemaligen Forschungs-Akademien in ihre „Blaue Liste“ integrierte und damit Bundesförderung ermöglichte¹². Eine gewisse Parität ost- und westdeutscher Institutsleiter können nur die Fraunhofer-Institute vorweisen – neun von zwanzig Leitungsposten besetzen Ostdeutsche. Unter den Leitern der vier Helmholtz-Zentren befindet sich kein Wissenschaftler ostdeutscher Herkunft.

¹² Vgl.: Hartwich, Hans-Hermann: Die „Erneuerung“ des ostdeutschen Wissenschaftssystems im Prozess der Wiedervereinigung. Eine kritische Bilanz. In: Thierse, Wolfgang et. al.: Zehn Jahre Deutsche Einheit – Eine Bilanz, Opladen, 2000, S. 151f.

Tab. 24: Anteil Ostdeutscher unter den Direktoren, Vorständen und Institutsleitern der großen Forschungsinstitute in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) 2016			
Direktoren der Hauptarbeitsgebiete der Max-Planck-Institute insgesamt	Herkunft Ostdeutschland	Herkunft Ausland	Herkunft Westdeutschland
60	3	28	29
Vorstände und Direktoren der Leibniz-Institute insgesamt			
32	5	0	27
Fraunhofer-Institutsleiter insgesamt			
20	9	0	11
Leiter der Helmholtz-Zentren insgesamt			
4	0	0	4
Insgesamt			
116	17	28	71
Anteil	15 %	24 %	61 %
n=117, keine Angabe=1			
Quelle: eigene Recherchen, mündliche Befragung			

Trotz einer offenen Wissens- und Wissenschaftsgesellschaft werden von den über einhundert betrachteten Leitungspositionen in der ostdeutschen Forschungslandschaft nur 15 Prozent auch von Ostdeutschen besetzt. Der Anteil von 24 Prozent an ausländischem Personal verdeutlicht eher die Potentiale für den Aufstieg in diesen Führungskreis, als die Verhinderung des Aufstiegs in diesem Bereich.

4.5 Justiz

Insgesamt gibt es über 600 Richterstellen an den obersten Gerichten der neuen Bundesländer. Diese betreffen die ordentliche sowie die Arbeits-, Sozial-, Verwaltungs-, Finanz- und Verfassungsgerichtsbarkeit. Brandenburg teilt sich mit Berlin in der Arbeits-, Sozial- und Finanzgerichtsbarkeit einen Gerichtsbezirk.

Von den insgesamt 585 Richtern, für die eine Herkunftsangabe gemacht wurde¹³, stammen 78 aus Ostdeutschland. Der Anteil von 13,3 Prozent spiegelt wider, dass ostdeutsche Richter an ostdeutschen Gerichten stark unterrepräsentiert sind. Die eigentliche Elite stellen die Präsidenten und Vizepräsidenten der Gerichte sowie die vorsitzenden Richter der einzelnen Senate dar, die sich aus der gesamten Richterschaft rekrutieren. Zu dieser Gruppe gehören lediglich 11 Ostdeutsche – ein Anteil von 5,9 Prozent. Den übrigen Anteil stellen Westdeutsche.

¹³ Aus praktischen Gründen konnte an einigen Gerichten lediglich der Geburtsort abgefragt werden, was im Ergebnis zu Ungenauigkeiten führen kann.

Tab. 25: Anteil ostdeutscher Richter an den obersten Gerichten der neuen Bundesländer 2015/2016			
Gesamte Richterschaft	Herkunft Ostdeutschland	Vorsitzende Richter, Präsidenten, Vizepräsidenten	Herkunft Ostdeutschland
585	78	187	11
Anteil	13,3%	Anteil	5,9%
n=668, keine Angabe=83		n=214, keine Angabe=27	
Quelle: schriftliche Befragung, eigene Recherchen			

Diese ungleiche Verteilung erklärt sich aus dem Neuaufbau der Justiz nach den rechtsstaatlichen Bedingungen der Bundesrepublik auf dem Gebiet der DDR. Eine Verfassungsgerichtsbarkeit oder Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichtszweige gab es in der DDR nicht. Aus diesen Gründen konnten nur wenige in der DDR ausgebildete Richter und Juristen die Stellen in den neu aufgebauten Gerichtsbarkeiten besetzen. Der Bedarf wurde zunächst durch zahlreiche Juristen aus den alten Bundesländern gedeckt. Deren damaliges, relativ geringes Alter ist ein weiterer Grund für das langsame Nachrücken ostdeutscher Juristen in obere Landesgerichte. Denn die unmittelbar nach der Wiedervereinigung berufenen Richter besetzen bis heute die entsprechenden Stellen, stehen allerdings auch häufig vor dem Ruhestand. So besteht in den nächsten Jahren die Möglichkeit einer Veränderung in diesem Bereich. Ein dritter Grund dürften die nach 25 Jahren weiterhin dichteren Netzwerke unter westdeutschen Richtern sein, die westdeutschen Richtern strukturelle Vorteile verschaffen und die Ostdeutsche wegen der eigenen Unterzahl in den entsprechenden Gremien kaum ausgleichen können.

Dies bestätigt auch der Vergleich der aktuellen Ergebnisse mit denen von 2004: In der Richterschaft an den obersten Gerichten der neuen Bundesländer hat sich kaum etwas geändert. Unter den höchsten Ämtern, den Vorsitzenden Richtern gab es zwar eine Verdopplung der Prozentpunkte, allerdings nur von 3,4 auf 5,9 Prozent. Auch in Zukunft wird dieser Anteil kaum steigen. Denn in der Richterschaft insgesamt, die das Nachwuchsreservoir der Vorsitzenden Richter darstellt, ist der Anteil Ostdeutscher nur von 11,8 Prozent auf 13,3 Prozent gestiegen – gerade mal um anderthalb Prozentpunkte. Das vermutete Nachrücken fand in der Justiz also kaum statt, weil noch immer sehr viele Westdeutsche die betreffenden Ämter besetzen.

Tab. 26: Anteil ostdeutscher Richter an den obersten Gerichten der neuen Bundesländer (ohne Berlin) 2004 und 2015/2016			
Gesamte Richterschaft 2004 (ohne Verfassungsgerichte)	Herkunft Ostdeutschland	Gesamte Richterschaft 2016	Herkunft Ostdeutschland
246	29	585	78
Anteil	11,8 %	Anteil	13,3%
n=274, keine Angabe=28		n=668, keine Angabe=83	
Quelle: Daten der MDR-Erhebung 2004, eigene Berechnung		Quelle: schriftliche Befragung, eigene Recherchen	
Vorsitzende Richter 2004 (ohne Verfassungsgerichte)	Herkunft Ostdeutschland	Vorsitzende Richter, Präsidenten, Vizepräsidenten 2016	Herkunft Ostdeutschland
147	5	187	11
Anteil	3,4 %	Anteil	5,9%
n=156, keine Angabe=9		n=214, keine Angabe=27	
Quelle: Daten der MDR-Erhebung 2004, eigene Berechnung		Quelle: schriftliche Befragung, eigene Recherchen	

Exkurs: Oberste Bundesgerichte

In den Bundesgerichten gleicht die Suche nach Ostdeutschen der Suche nach der Nadel im Heuhaufen. Im Rahmen dieser Studie wurde für gerademal drei Bundesrichter eine ostdeutsche Herkunft nachgewiesen – von insgesamt 336 Richtern. Diese geringe Zahl lässt sich aus dem erwähnten geringen Nachwuchsreservoir in den neuen Bundesländern erklären.

Tab. 27: Anteil ostdeutscher Richter an den obersten Bundesgerichten der Bundesrepublik Deutschland 2015/2016			
Gesamte Richterschaft	Herkunft Ostdeutschland	Vorsitzende Richter und Präsidenten	Herkunft Ostdeutschland
336	3	62	0
Anteil	0,89 %	Anteil	0,0 %
n=336, keine Angabe=0		n=62, keine Angabe=0	
Quelle: schriftliche Befragung			

Exkurs: Militär

Die Bundeswehr sieht sich als „Armee der Einheit“ und erhebt die Herkunft ihrer Angehörigen nicht mehr. Mit diesem Credo werden auch zukünftig keine Angaben über ost- und westdeutsche Militärs zu erwarten sein. Für die Dienstgradgruppe der Generale lässt sich immerhin feststellen, dass heute 2 von 200 Generalen bzw. Admiralen eine ostdeutsche Herkunft haben: Generalstabsärztin Dr. Erika Franke und Brigadegeneral Gert Gawellek. Demnach liegt der Anteil Ostdeutscher in dieser Gruppe bei genau einem Prozent.

Tab. 28: Anteil Ostdeutscher in der Dienstgradgruppe der Generale in der Bundeswehr 2015		
Generale und Admirale insgesamt	Herkunft Ostdeutschland	Herkunft Westdeutschland
200	2	198
Anteil	1 %	99 %

Altersgründe können auch für die Bundeswehr festgestellt werden. 1990 erweiterte sie ihr Einzugsgebiet auf die neuen Bundesländer und behielt dabei ihre bisherige Führungsstruktur in den höchsten Dienstgradgruppen der Generale. Sobald hier einer der 200 Posten durch Ausscheiden oder Versetzung frei wird, kann einer der 1.261 darunterliegenden Stabsoffiziere (Oberst, Kapitän zur See usw.) nachrücken – ein enger Flaschenhals. Und da nur etwa 10.000 NVA-Soldaten in die Bundeswehr übernommen wurden und in 25 Jahren nicht so viele Soldaten zu Stabsoffizieren aufsteigen konnten, sind die Chancen auf die Generalität für Ostdeutsche allein statistisch gesehen äußerst gering.

Zwar liegen von der Bundeswehr Angaben über die beiden höchsten Dienstgradgruppen aus dem Jahr 2004 vor, doch heute wird die Verteilung Ost- und Westdeutscher in den Obersten Rängen nicht mehr erhoben. Während es in der Dienstgradgruppe der Generale 2004 noch keinen Ostdeutschen gab, sind heute zwei von insgesamt zweihundert Personen bekannt. Diese konnten den erwähnten Flaschenhals beim Aufstieg in die Spitze der Führungspyramide überwinden. Damit stieg der Anteil auf der höchsten Führungsebene der Bundeswehr von 0 auf gerade mal 1 Prozent. Es ist allerdings davon auszugehen, dass auch in der darunterliegenden Ebene der Stabsoffiziere mehr Ostdeutsche Dienst tun als noch 2004.

Tab. 29: Anteil Ostdeutscher in der Dienstgradgruppe der Generale in der Bundeswehr 2004 und 2015			
Generale und Admirale 2004 insgesamt	Herkunft Ostdeutschland 2004	Generale und Admirale 2015 insgesamt	Herkunft Ostdeutschland 2015
206	0	200	2
Anteil	0 %		1 %
n=206, keine Angabe=0		n=200, keine Angabe=0	
Quelle: Daten der MDR-Erhebung 2004		Quelle: schriftliche Befragung, eigene Recherchen	

5. Fazit und Ausblick

Die vorliegende Studie zeigt: Heute, 25 Jahre und damit eine Generation nach der Wiedervereinigung, sind die Ostdeutschen in gesellschaftlichen Führungspositionen noch immer nicht adäquat repräsentiert. Zum Teil vollzieht sich statt einer Angleichung gar eine gegenteilige Entwicklung, geht ihre Zahl gar zurück. Zugespitzt lässt sich feststellen, dass, obwohl vielerorts eine Frauenquote, nirgends jedoch eine Quote für Ostdeutsche gefordert wird, die Ostdeutschen in Führungspositionen viel stärker eine Minderheit bilden als Frauen.

Von den insgesamt betrachteten 1.099 Eliteangehörigen konnte für 249 Personen eine ostdeutsche Herkunft ermittelt werden – ein Anteil von knapp 23 Prozent. Nicht einmal jede vierte Führungsposition in den neuen Bundesländern wird von einem Ostdeutschen besetzt. Im Vergleich mit dem Jahr 2004 lässt sich, sofern es eines gab, nur ein extrem langsames Nachrücken auf sehr niedrigem Niveau feststellen, besonders in jenen Bereichen, in denen Posten eher langfristig und stark nach fachlicher Qualifikation vergeben werden oder wo das Ausscheiden von Vorgesetzten die Bedingung für einen Aufstieg ist.

In den einzelnen gesellschaftlichen Bereichen ergibt sich ein vielschichtiges Bild, was die Höhe des aktuellen Anteils Ostdeutscher und dessen Entwicklung in den letzten Jahren angeht.

1. In den fünf Landesregierungen der neuen Bundesländer sind anteilig die meisten Ostdeutschen zu finden. Allerdings sank der Anteil im Vergleich von 2004 und 2016 von 75 auf 70 Prozent.
Bei den Staatssekretären gab es dagegen einen erheblichen Anstieg von 26 auf 46 Prozent.
In der exkursartig betrachteten Bundesregierung ist seit 2004 ein Bundesminister hinzugekommen. Von den Staatssekretären kamen schon 2004 nur sechs aus dem Osten. Heute sind es noch weniger – drei von insgesamt sechzig.
2. Auf den elf bzw. zwölf (2004) betrachteten Spitzenpositionen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, deren Sendegebiet in den neuen Bundesländern liegt, ist in den letzten zwölf Jahren lediglich ein/eine Ostdeutsche/r hinzugekommen.
Auch in den Chefredaktionen der größten Regionalzeitungen gab es einen Anstieg von 42 auf 62 Prozent. Auf der Position der Geschäftsführer spiegelt sich die von westdeutschen Medienkonzernen geprägte Presselandschaft wieder. Diese setzen vermehrt auf erfahrene Kräfte aus den alten Bundesländern. Der Anteil ostdeutscher Zeitungsgeschäftsführer sank von 36 auf nur noch neun Prozent.
3. Dieses Bild zeigt sich in den Führungsstrukturen der ostdeutschen Wirtschaft insgesamt: Der Anteil ostdeutscher Manager in den 100 größten ostdeutschen Unternehmen sank zwischen 2004 und 2016 von 35,1 auf 33,5 Prozent. Auf einen ostdeutschen Manager kommen etwa zwei westdeutsche. In der weiter wachsenden Wirtschaftsstruktur mit größeren Wirtschaftseinheiten fällt der Aufstieg für einheimische Manager immer schwerer. Doch es sind nicht etwa ausländische und westdeutsche Konzerne mit ihren ostdeutschen Tochterunternehmen, die diesen Weg erschwert haben, im Gegenteil. Sie setzten in der Unternehmensführung vor Ort sogar vermehrt auf ostdeutsche Fachkräfte, was einen Hinweis auf die Potentiale ostdeutscher Karrieren in einer globalisierten Wirtschaft gibt. Am stärksten ist der Rückgang bei jenen Unternehmen, deren Eigentümer oder Eigentümergesellschaft in Ostdeutschland selbst ansässig sind. Seit 2004 ging hier der Anteil ostdeutscher Manager um sechs

Prozentpunkte zurück.

Große Unternehmen bieten die Möglichkeit, Fachkräfte zu halten und gut ausgebildeten Menschen eine Aufstiegsperspektive innerhalb des Unternehmens zu geben. Nach Beschäftigtenzahl sind die größten privatwirtschaftlichen Unternehmen Ostdeutschlands im Besitz westdeutscher und ausländischer Eigentümer (durchschnittlich 1.491 bzw. 1.752 Beschäftigte). Die größten genuin ostdeutschen Privatunternehmen kommen auf 1.360 Beschäftigte. Darüber hinaus bieten städtische Versorgungsbetriebe und Universitätskliniken in öffentlicher Trägerschaft mit durchschnittlich 1.808 Arbeitsplätzen eine stabile Karriereperspektive.

4. Unter den Rektoren der größten Universitäten und Hochschulen in den neuen Bundesländern war der Anteil Ostdeutscher schon 2004 mit 22 Prozent sehr gering. Er hat sich in den letzten zwölf Jahren nochmals verringert, während er bei den Kanzlern leicht auf 50 Prozent gestiegen ist. Für die Leitungsspitze der größten Forschungsinstitute können nur Angaben für das Jahr 2016 gemacht werden. Jeder siebte Instituts- bzw. Wissenschaftsbereichsleiter kommt auch aus Ostdeutschland. Der Gesamtanteil liegt mit 15 Prozent sogar unter dem Anteil ausländischer Wissenschaftler mit 24 Prozent.
5. Ein gewisses Nachrücken gab es in der Richterschaft der obersten Landesgerichte, allerdings sehr langsam und auf einem sehr niedrigen Niveau. Unter den Vorsitzenden Richtern stieg der Anteil Ostdeutscher Richter von lediglich 3,4 auf 5,9 Prozent. Auch in den nächsten Jahren wird sich dieses Bild kaum ändern, da der Anteil in der gesamten Richterschaft nur von 11,8 Prozent auf 13,3 Prozent gestiegen ist. Hier ist die Gruppe der in Westdeutschland aufgewachsenen Eliten besonders stark vertreten.
6. Unter den ca. 200 Generälen und Admirälen der Bundeswehr gab es 2004 keinen, 2016 immerhin zwei Ostdeutsche.

Eine adäquate Repräsentanz der ostdeutschen Wohnbevölkerung in den ostdeutschen Eliten findet sich nirgends. Nur etwa 23 Prozent beträgt der Anteil Ostdeutscher innerhalb der ostdeutschen Elite – bei 87 Prozent Bevölkerungsanteil. Nur in den fünf Landesregierungen ist, im Wesentlichen untermauert durch demokratische Wahlen, der Repräsentationsgrad mit 70 Prozent am höchsten – wenn auch wieder unterhalb des Anteils Ostdeutscher an der Bevölkerung.

Auch bundesweit sucht man ostdeutsche Führungskräfte vergeblich. Nur 1,7 Prozent der betrachteten Spitzenpositionen auf Bundesebene sind von Ostdeutschen besetzt – bei einem Bevölkerungsanteil von bundesweit 17 Prozent. Lediglich die Bundesregierung spiegelt diese Verteilung mit 19 Prozent Ost-Anteil wider.

Eine Besonderheit fällt im Überblick aller Ergebnisse auf: In der Justiz, in der Wirtschaft, an den Hochschulen und beim Militär sind Ostdeutsche seltener an der Spitze der jeweiligen Einrichtungen zu sehen als in der zweiten Reihe. Ostdeutsche Führungspositionen, die auch strategisches Handeln und Führungskompetenzen erfordern, werden eher von Westdeutschen besetzt. In der zweiten Reihe der Kanzler, Stellvertreter und Nachgeordneten gibt es mehr Ostdeutsche. Diese Positionen werden eher mit Durchführung und Verwaltung verbunden. Doch der leicht wachsende Anteil Ostdeutscher gibt hier auch das Potential an Aufstiegschancen der ostdeutschen Eliten für die nächsten Jahre wieder.

Einige Einzelbeispiele aus dem Jahr 2016 verstärken den Eindruck, dass langjährige Leiter, die ursprünglich aus Westdeutschland stammten, nun in den Ruhestand treten. An ihre Stel-

le treten relativ junge Nachfolger, die sehr häufig immer noch aus den alten, aber immer öfter aus den neuen Bundesländern stammen. Eine weitgehende Angleichung wird wohl noch mehrere Generationen brauchen. Das durch den Wegzug Anfang der 90er Jahre verminderte Reservoir potentieller ostdeutscher Eliten ist dabei ebenso ein Grund wie es die neu im Osten etablierten oder auf den Osten erweiterten und westdeutsch dominierten Netzwerke sind.

Quellenverzeichnis

- Forschungsgruppe Wahlen e.V. (Hrsg.): Newsletter „Landtagswahl Sachsen-Anhalt“, 13. März 2016.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Dezember 2015: Allensbach-Studie – Mehrheit fühlt sich über Flüchtlinge einseitig informiert.
http://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/allensbach-umfrage-zu-medienberichterstattung-in-fluechtlingskrise-13967959.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2 (zuletzt abgerufen am 24. März 2016)
- Funken, Klaus: Keine Wende am Arbeitsmarkt in Ostdeutschland – eine Zwischenbilanz im Jahre 1996. Bonn, 1996.
- Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO vom 1. September 2000, zuletzt geändert zum 1. September 2011).
- Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre (ParlStG vom 24. Juli 1974, zuletzt geändert zum 17. Juli 2015).
- Hartwich, Hans-Hermann: Die „Erneuerung“ des ostdeutschen Wissenschaftssystems im Prozess der Wiedervereinigung. Eine kritische Bilanz. In: Thierse, Wolfgang et. al.: Zehn Jahre Deutsche Einheit – Eine Bilanz, Opladen, 2000.
- Hoffmann-Lange, Ursula: Eliten, Macht und Konflikt in der Bundesrepublik. Opladen, 1992.
- Leibniz-Institut für Länderkunde: Die Studie Re-Turn – Regionalentwicklung durch Rückwanderung, 2012.
http://www.ifl-leipzig.de/fileadmin/user_upload/Forschung/Raumproduktionen/Re-Turn_ZA_Online-Erhebung.pdf (zuletzt abgerufen am 30. März 2016).
- Kollmorgen, Raj: Aus dem Osten an die Spitze? In: Berliner Debatte Initial e.V.: Berliner Debatte Initial, 2/2015.
- Märkische Allgemeine Zeitung, 23. August 2013: Brandenburgs größte Unternehmen.
- Nord/LB: Mecklenburg-Vorpommern Report, 2014.
- SachsenBank (Hrsg.): Fokus Mittelstand, 2014.